

Die Sozialisten regieren in Portugal

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339190>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Sozialisten regieren in Portugal

In nicht weniger als drei Abstimmungen der letzten zwei Jahre hat das portugiesische Volk nach 48 Jahren der Diktatur eine bewundernswerte demokratische Bewährungsprobe geliefert. Zuerst gab es am 25. April 1975 die Wahlen in die Verfassungsgebende Versammlung, aus denen die von Mario Soares geführte Sozialistische Partei Portugals mit Abstand als die weitaus stärkste politische Kraft des Landes hervorgegangen ist. Genau ein Jahr später erbrachten die ersten Parlamentswahlen nahezu das gleiche Resultat. Sie waren am 27. Juni gefolgt von der ersten Volkswahl eines portugiesischen Präsidenten, die wieder mit einem eindrucksvollen Sieg des von den drei wichtigsten politischen Parteien des Landes (Sozialisten, die weiter rechts von den Sozialisten stehende PPD und die die konservativen Kräfte vereinigende CDS) aufgestellten Kandidaten, des 41jährigen Generalstabschefs General Ramalho Eanes, endete.

Ein unorientierter Fremder, der ins Land gekommen war, hätte glauben müssen, dass der kommunistische Präsidentschaftskandidat Octavio Pato die besten Aussichten hatte, denn für keinen der anderen drei Kandidaten ist auch nur annähernd das gleiche Ausmass an Propaganda getrieben worden. Das Endergebnis war, was man in Portugal eine völlige Deroute der Kommunistischen Partei nannte, die im April noch 14 Prozent der Stimmen bekam und deren Präsidentschaftskandidat als schlechtester mit etwas mehr als 7 Prozent abgeschnitten hat. Freilich sind die den Kommunisten verlorengegangenen Stimmen kaum im grösseren Umfang den beiden demokratischen Kandidaten zugeflossen, sondern wohl grösstenteils Otelo Saraiva de Carvalho, einem Offizier mit linksdrapierten diktatorischen Gelüsten und einem Hang zum Abenteuerertum, der zum ersten Mal von sich reden gemacht hatte, als er 1974 bei der Rückkehr von einem Besuch in Kuba die Einrichtung von Konzentrationslagern für missliebige Politiker forderte, und der dann im November 1975 an dem misslungenen kommunistischen Putsch führend beteiligt war, weswegen über ihm die Drohung einer Strafverfolgung schwebt. So stark er sich auch in der Agitation typisch kommunistischer Argumente bediente (so hat er als einziger Eanes als «Kandidaten der Faschisten» verleumdet), so sehr ging den Kommunisten sein Versprechen auf die Nerven, dass er als Präsident für volle Selbständigkeit «gegen die imperialistischen Grossmächte» eintreten würde. Carvalho hat dem offiziellen kommunistischen Kandidaten die Schmach angetan, auch in allen kommunistischen Hochburgen weit besser abzuschneiden als Pato, aber die Tatsache, dass ein so undisziplinierter Abenteurer wie Carvalho über 16 Prozent der Stimmen an sich reißen kann (in der Stadt Lissabon sogar 33 Prozent), ist natürlich vom demokratischen Standpunkt keineswegs erfreulich.

Auch im demokratischen Lager, in dem es naturgemäss nicht die gleiche eiserne Disziplin geben kann wie bei den Kommunisten, ist es durch die selbständige Kandidatur des damaligen Ministerpräsidenten Admiral Azevedo zu einer gewissen Abwanderung der Stimmen von dem freilich etwas farblosen und der Öffentlichkeit kaum bekannten Kandidaten General Eanes gekommen. Man geht wohl mit der Annahme nicht fehl, dass vor allem sozialistische Stimmen Azevedo zugeflossen sind, der in den zehn Monaten seiner Regierungsführung sich den Sozialisten gegenüber korrekt verhalten hat. Obwohl ihm eine lebensgefährliche Erkrankung knapp vor dem Wahltag die Agitationsmöglichkeiten nahm, hat er, der von keiner offiziellen Partei unterstützt war, mit über 14 Prozent einen Achtungserfolg errungen. Sein Hauptargument gegen seinen erfolgreichen Konkurrenten Eanes war dessen mangelnde Beteiligung an dem Militärputsch von 1974, durch den die Diktatur hinweggefegt worden war. Im allgemeinen hat die Präsidentenwahl wieder bestätigt, dass der Norden Portugals und die mehr als 1000 Kilometer von Lissabon im Atlantischen Ozean liegenden Inseln (Madeira und die Azoren) vorwiegend konservativ eingestellt sind. (Aber bei den gleichzeitig auf den Inseln abgehaltenen Wahlen für Regionalvertretungen errangen die dort mit grossen Schwierigkeiten kämpfenden Sozialisten die zweite Stelle.) Die Kommunisten haben, wenn es auch diesmal durch das Hervortreten Carvalhos verdunkelt war, nach wie vor starke Stellungen in der Hauptstadt und in den landwirtschaftlichen und industriellen Gegenden südlich von Lissabon, während ganz im Süden an der Algarve, die kaum industrialisiert ist, die Sozialisten bei den Parlamentswahlen mit 40 Prozent führend waren und sich bei den Präsidentenwahlen eine starke Mehrheit für die demokratischen Kandidaten ergab.

Einwandfrei demokratische Wahlen

Wir hatten Gelegenheit, in einer südportugiesischen Stadt dem Wahlakt im offiziellen Wahllokal zu folgen. Die vier Präsidentschaftskandidaten hatten je einen Vertrauensmann in der Wahlkommission, und es ging beim Wahlakt ebenso korrekt und ruhig zu wie in jedem anderen demokratischen Staat – ein gutes Zeichen für die Zukunft.

Nach der neuen Verfassung Portugals hat das Staatsoberhaupt keineswegs nur repräsentative Funktionen. Seine Stellung ähnelt der des französischen Präsidenten, und er hat vor allem in Krisensituationen ein ziemlich weitgehendes Notverordnungsrecht. Darum ist es nicht überflüssig, sich das Programm in Erinnerung zu rufen, mit dem Eanes zur Wahlkampagne angetreten ist. Da hiess es:

Totaler und absolute staatliche Unabhängigkeit, in allen Lagern, im ganzen portugiesischen Raum und zu jedem Zeitpunkt.

Fortschreitender Marsch sicheren Schrittes zu einem pluralistischen Sozialismus. Unerbittlicher Kampf der Nachlässigkeit, dem Opportunis-

mus und allen Manipulationen, die zu einer Verschlechterung des Lebens der Nation führen.

Menschliche und gerechte Verteilung des Reichtums im Wege der radikalen Ausschaltung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Nach der Amtsübernahme hat Eanes sofort seine Zusage erfüllt, den Führer der stärksten Partei des Landes, den 52jährigen Rechtsanwalt Dr. Mario Soares, zum Ministerpräsidenten zu ernennen und ihn mit der Bildung einer parlamentarischen Regierung zu betrauen. Die bisher unter den besonderen Verhältnissen der portugiesischen Revolution als unerlässlich empfundene Betrauung eines Militärs mit der Führung der Regierung kommt nun in Wegfall. Der letzte König Portugals wurde 1910 gestürzt, aber die damals geschaffene Republik war auch vor der Errichtung der Diktatur 1926 nicht gerade eine Musterdemokratie. Sei dem wie immer, im Bewusstsein der Lebenden ist die Regierung Soares das überhaupt erste parlamentarisch-demokratische System des Landes.

Warum Minderheitsregierung?

Von den 263 Parlamentssitzen haben die Sozialisten als stärkste Fraktion 107. Ihnen folgt PPD mit 74, CDS mit 41, die Kommunisten mit 40; ausserdem gibt es noch einen unabhängigen Abgeordneten. Die Frage liegt nahe, warum die Sozialisten sich gar nicht bemüht haben, durch eine Koalition einer von ihnen geführten Regierung eine parlamentarische Mehrheit zu geben. Rein mathematisch wäre das durch die Hereinnahme entweder von PPD oder der Kommunisten in die Mehrheit möglich gewesen, aber mit Erwägungen mathematischer Natur wird man nicht immer politischen Notwendigkeiten gerecht.

Schon zwei Tage nach der Präsidentenwahl hat die Sozialistische Partei beschlossen, keinerlei Kombination mit einer anderen politischen Gruppierung einzugehen und allein die Regierung zu übernehmen, in der es neben sozialistischen Funktionären auch unabhängige Fachleute geben sollte und jetzt gibt. Die politischen Richtlinien würden aber ausschliesslich von der Sozialistischen Partei festgelegt. Im Juli 1975 hat der Berichterstatter Mario Soares gefragt, ob ein Ausweg aus der damaligen politischen Krise – charakterisiert durch Gewaltstrieche der in der Regierung vertretenen Kommunisten vor allem gegen die Sozialisten – nicht in einer «Koalition nach Bonner Muster» zwischen Sozialisten und PPD gefunden werden könnte. Soares hat sehr entschieden erklärt, dass die PPD viel weiter rechts stehe als die FDP in der Bundesrepublik und dass diese Partei kein geeigneter Koalitionspartner für die Sozialisten sei, die bereit und imstande wären, allein die Regierung zu übernehmen. (Im Gefolge der damaligen riesigen Kundgebungen unter der Parole «Sozialismus ja, Diktatur nein» hat Soares allerdings mit einer sozialistischen Parlamentsmehrheit gerechnet.) Diese Stunde ist jetzt gekommen.

Die portugiesischen Kommunisten

Nach den gemachten Erfahrungen war aber auch eine Regierungsübernahme durch Sozialisten und Kommunisten ausserhalb des Bereiches der Möglichkeiten, wiewohl die Kommunisten nicht müde wurden, die Vorteile einer «Linksregierung», die ihnen einen Anteil an der Macht geben würde, in den schönsten Farben zu malen. Es ist nicht allgemein bekannt, dass die Kommunisten Portugals sozusagen Stalins letzte Mohikaner in Europa sind. Während die damals gleichfalls illegalen spanischen Kommunisten die Besetzung der Tschechoslowakei 1968 eindeutig verurteilten (und daran noch immer festhalten), haben die portugiesischen Kommunisten in der Illegalität sich mit diesem Gewalttakt solidarisiert. Sie waren in den ungeklärten Verhältnissen nach dem Sturz der Diktatur Caetanos 1974 in allen Regierungen vertreten, was sie nicht am Intrigieren gegen diese Regierungen und vor allem gegen ihre sozialistischen Partner hinderte, in denen sie, freilich mit Recht, das Haupthindernis für die Aufrichtung der von ihnen unter dem Schlagwort des «kompromisslosen Antifaschismus» angestrebten kommunistischen Diktatur sahen. Seit August 1975 und vor allem seit dem missglückten kommunistischen Putsch vom November 1975 war diese Teilnahme an der Regierung eine rein formale. Auf der Ostberliner Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien Ende Juni 1976 haben Berlinguer für die Italiener, Marchais für die Franzosen und Carrillo für die Spanier Bekenntnisse zu Mehrparteiensystemen, demokratischen Wahlen und dem Abtreten von in Wahlen geschlagenen Regierungsparteien abgelegt. An der langen Rede des Führers der portugiesischen Kommunisten Alvaro Cunhal war das bemerkenswerteste das Fehlen jedes solchen Bekenntnisses, wodurch sich Cunhal in Gegensatz zu den Vertretern aller anderen Parteien aus romanischen Ländern setzte.

Ihrem Ausschluss aus der Regierung Soares setzen die Kommunisten das Argument entgegen, diese würde gezwungen sein, sich auf die Kräfte der Rechten zu stützen und damit eine «reaktionäre Politik» zu betreiben. Demgegenüber führen die Sozialisten aus, dass niemand die Kommunisten im Parlament daran hindern wird, die Regierung Soares bei der Durchführung ihres sozialistischen Programms zu unterstützen. «Gegen die Kommunisten» zu regieren, ist gar nicht der Ehrgeiz von Soares, aber diese dürften jeden Versuch zur Demokratisierung der von den Kommunisten mit zweifelhaften, dem Prager Muster abgesehen Methoden für sich monopolisierten Gewerkschaften als «faschistischen» Schritt zur «Spaltung der Arbeitereinheit» verleumden.

Portugals demokratisch-sozialistisches Experiment

Gegen und ohne die Sozialisten kann man im heutigen Portugal nicht regieren, und darum dürften weder die bürgerlichen Parteien noch auch die Kommunisten ein Interesse daran haben, die Minderheitsregierung Soares bald zu stürzen. Aber die Wirtschaftslage des Landes ist ernst und

wird diese Regierung vielleicht dazu zwingen, auch wenig populäre Schritte zu ergreifen, um die Voraussetzungen für eine demokratisch-sozialistische Entwicklung des Landes zu schaffen. Um so mehr wird es darum darauf ankommen, dass, wo auf Regierungsebene oder in der Europäischen Gemeinschaft sozialistischer Einfluss zur Geltung gebracht werden kann, dieser zugunsten einer umfassenden solidarischen Hilfeleistung für eine Regierung mobilisiert wird, die unter grossen Schwierigkeiten daran geht, die Vorstellungen des demokratischen Sozialismus in einem Land zu verwirklichen, das darin die Rettung aus der Not sieht. Das Gelingen des demokratisch-sozialistischen Experiments an der Südwestspitze Europas hat nicht nur für Portugal Bedeutung, sondern müsste auch seine psychologischen Auswirkungen auf das weit volkreichere Spanien haben. Es ist in unser aller Interesse gelegen, dass sich die Regierung Soares im Amte bewährt und dann bei den nächsten Wahlen durch eine sozialistische Mehrheitsregierung abgelöst werden kann.

Es wird in Portugal weder einen Sozialismus des Mangels und des Elends noch einen gegen den Volkswillen erzwungenen Sozialismus geben. Die portugiesische Revolution wird ihrem Wesen nach demokratisch sein müssen.

Mário Soares

Mário Soares hat mit seiner Politik der Entkolonialisierung Europa und den westlichen Demokratien ihre Glaubwürdigkeit zurückgegeben; er hat ihnen neue Impulse vermittelt.

Willy Brandt

Der Einheitsfrontpolitik der Kommunisten – wie immer sie jeweils heissen mag – kann man keine andere Strategie entgegensetzen als die der Konzentration der sozialistischen Kräfte der demokratischen Linken.

Bruno Kreisky